

Texte zu

**Staatliche Institutionen und Integration:
Ethnologische Perspektiven**

30.Juni 2009

im Haus der Kulturen der Welt/Berlin

Gefördert durch



Inhaltsverzeichnis

Ethnologen in Lehre und Forschung

Hansjörg Dilger	3
Sabine Klocke-Daffa.....	11
Ingrid Kummels.....	14
Michael Schnegg.....	16
Martin Sökefeld.....	20

Vertreter aus Institutionen

Ursula Bertels.....	23
Eva Maria Blum.....	25
Jochen Köhnke.....	28
Maraike Krull de Hawie.....	30
Ute M. Metje.....	33
Ingo Moldenhauer.....	35

Migration, Diversität, Ethnologie

Hansjörg Dilger, Freie Universität Berlin

In den letzten Jahren ist in der Ethnologie ein wachsendes Interesse am Thema der Migration zu verzeichnen welches mit Bestrebungen einhergeht, dem Fach im deutschsprachigen Raum ein prägnant(er)es Profil in Bezug auf gesellschaftspolitisch relevante Themen zu verleihen. In diesem Kurzbeitrag möchte ich drei Aspekte hervorheben, die in der ethnologischen Debatte zu Migration, Kultur und Vielfalt diskutiert wurden und die dazu dienen können, Ergebnisse aus ethnologischen Forschungen in gesellschaftspolitische Diskussionszusammenhänge einzubringen. Dabei handelt es sich um: 1) die Warnung vor Kulturalismen und der Überbetonung kultureller Spezifika in Diskussionen um „das Fremde“; 2) die Dynamiken der „gleichzeitigen Zugehörigkeit“, die das Leben in Migrationszusammenhängen oft nachhaltig prägen; und 3) die Möglichkeiten und Grenzen der „Vermittlungsinstanz Ethnologie“ in Bezug auf Migration, Politik und Integration. In meinen Ausführungen greife ich u.a. auf Forschungen zurück, die derzeit am Institut für Ethnologie der FU Berlin entstehen bzw. dort vor kurzem abgeschlossen wurden. Diese Beispiele sollen nicht repräsentativ für Migrationsprozesse in Deutschland stehen, da sie sich eher auf kleinere Migrationsgruppen beziehen und teilweise über den deutschsprachigen Kontext hinaus gewählt wurden. Dennoch können diese Beispiele einen Eindruck davon vermitteln, welche generelleren Themen sich aus Migrationsverläufen heraus für die ethnologische Forschung ergeben und mit welchen analytisch-methodologischen Herausforderungen das Fach hier konfrontiert ist.

1) Von kultureller Differenz zur Kultur der Vielfalt

Im Zuge von Studien über Dynamiken der globalen Vernetzung und Durchdringung wurden die Begriffe „Kultur“ und „kulturelle Differenz“ von zahlreichen AutorInnen diskutiert und problematisiert. Wie Arjun Appadurai im Jahr 1990 bemerkte, waren die in der Ethnologie lange Zeit verbreiteten Theorien der Enkulturation und Sozialisation an die Annahme stabiler, lokal gebundener Beziehungen geknüpft, innerhalb derer sich kulturelle Werte und Praxen zwischen den Generationen tradierten. Insbesondere in Migrationszusammenhängen wurden diese Dynamiken kultureller Reproduktion im Rahmen generationaler und familiärer

Bindungen zunehmend politisiert und umstritten und – aufgrund der Prozesse wachsender Deterritorialisierung – in vielfältige, räumlich nicht länger gebundene Wertsysteme integriert.

Vor dem Hintergrund solcher Kritiken an einem kulturalistischen Migrationsbegriff hat sich in der Ethnologie während der letzten beiden Dekaden eine Diskussion um neue analytische und methodologische Zugänge formiert, die in einer – auch innerhalb des deutschsprachigen Raums geführten – Migrationsdebatte benötigt werden. Dabei wurde betont, dass nicht nur „Kultur“, sondern auch der Begriff der Ethnizität ähnlich problematisch in seiner Anwendung auf den Migrationszusammenhang ist: Während sich innerhalb der Sozialwissenschaften mittlerweile eine konstruktivistische Auffassung von Ethnizität etabliert hat, sind primordialistische Konzepte von Ethnizität in den Identitätskonstruktionen von MigrantInnen selbst durchaus verbreitet bzw. werden situationsbedingt – teilweise auch strategisch – eingesetzt (Luig: 96f.). Dies verkompliziert die Debatte über „Kultur“ und „Ethnizität“, da die Begriffe mitunter in einer essentialisierenden Art und Weise verwendet werden, wie sie von der Ethnologie selbst zwar mit-geschaffen, seit mehreren Dekaden aber auch dekonstruiert wurde (ibd.: 91).

Aufbauend auf den hier formulierten Kritiken – und in Abgrenzung zu dem als tendenziell „kulturalistisch“ entlarvten Schlagwort des Multikulturalismus – wurden „Vielfalt“ und „Diversität“ zu alternativen Kernthemen der Migrationsdebatte. Während der Begriff der „Diversity“ dabei lange Zeit vor allem im Kontext von Organisationen und Betrieben im Sinne des *diversity management* gebraucht wurde, diskutieren SozialwissenschaftlerInnen mittlerweile über den analytisch-methodologischen Mehrwert des intersektionalen Begriffs der Vielfalt, der dann wiederum für gesellschaftspolitische Zusammenhänge relevant werden kann. Von Bedeutung ist bei diesen Diskussionen über „Diversity“ (oder auch: „Super-Diversity“, siehe Vertovec 2007), dass Verweise auf „Kultur“, „Ethnizität“ und „Religion“ hier nicht länger als *allumfassende* Erklärungsansätze gewählt, sondern zu anderen, quergelagerten sozialen Prozessen in Beziehung gesetzt werden. Damit wird nicht nur den (diffusen) globalen Machtbeziehungen und neoliberalen Ökonomien Rechnung getragen, in die Wanderungsprozesse weltweit eingebettet sind und die in den frühen ethnologischen Studien zur Globalisierung mitunter vernachlässigt wurden. Auch wird hier der Fokus auf die Handlungsspielräume von MigrantInnen selbst gerichtet, die sich im wechselseitigen Zusammenhang mit nationalen und globalen Strukturen formieren und die in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter, ökonomischem Status, individuellen Biographien etc. weiter ausdifferenziert werden.

2) Zwischen Integration und gleichzeitiger Zugehörigkeit

Nina Glick-Schiller¹ hob in ihren zahlreichen Arbeiten zum Transnationalismus hervor, dass Migrationsforschungen in Europa und Nordamerika lange Zeit eng mit den politischen Agenden und Migrationspolitiken ihrer jeweiligen Länder verknüpft waren. Auch das oben angesprochene Paradigma des „Multikulturalismus“, das seit den 1960er Jahren u.a. in den USA, Kanada und England in variierender Form Konjunktur hatte, erkenne zwar kulturelle Differenzen und Identitäten an, ordne diese aber vorwiegend der Zelebrierung kultureller Vielfalt im Rahmen *national* etablierter Einheiten unter. Nicht vorgesehen sei in diesem Paradigma – das wie auch andere Paradigmen der Migrationsforschung von einem „methodologischen Nationalismus“ geprägt sei –, dass MigrantInnen sich den Wertezusammenhängen und sozialen Bindungen ihrer Herkunftsgemeinschaften bzw. -länder oft nachhaltig verpflichtet sehen und *dennoch* an der Schaffung einer „diversen“ Aufnahmegesellschaft teilhaben können. MigrantInnen können sich unterschiedlichen Gemeinschaften bzw. Ländern verbunden fühlen und haben ihre sozialen, ökonomischen und moralisch-emotionalen Zugehörigkeit(en) häufig in soziale Felder eingebettet, die mitunter zwei oder mehr (nationale) Lebenszusammenhänge umspannen.

Ethnologische Forschungen – nicht nur aus dem deutschsprachigen Raum, sondern auch darüber hinaus – geben Aufschluss darüber, wie unterschiedlich die Identitätszusammenhänge gestaltet sein können, denen sich MigrantInnen verpflichtet fühlen und welche Auswirkungen dies wiederum auf die Selbst-Positionierung der MigrantInnen in Bezug auf ihre Integration in das Aufnahmeland haben kann. Ein Beispiel hierfür sind BildungsmigrantInnen aus Kamerun, deren Wanderung nach Deutschland nicht nur in den Transformationen der Ökonomie und des Bildungssystems im Herkunftsland, sondern auch in den familiären Beziehungen der wandernden Männer und Frauen angelegt ist. Annett Fleischer (2009) schildert, wie die künftige Migration einzelner Personen oft sorgfältig von deren Familien geplant und vorbereitet wird, und dass sowohl individuelle als auch kollektive Zukunftsplanungen hinsichtlich Heirat und Familiengründung in Kamerun in Abhängigkeit von der temporär ausgerichteten Migration getroffen werden. Während sich Migrationsverläufe in einigen Fällen verstetigen können, ist die Rückkehr nach Kamerun und die dortige Niederlassung somit integraler Bestandteil des vorwiegend aus verwandtschaftlichen Konstellationen heraus initiierten – und dann vielfach auch über nationale Grenzen hinaus regulierten – Migrationsprozesses.

Anders verhält es sich bei nigerianischen und südafrikanischen Ärzten, die im Rahmen eines Studienprojekts an der University of Florida, Gainesville befragt wurden (Sullivan et al. 2008): Während die individuellen Biographien und Karriereverläufe der Ärzte auf strukturelle

¹ Für einen Überblick siehe Glick-Schiller 2007.

Problemkonstellationen in den Herkunftsländern (insbesondere in den jeweiligen Gesundheitssystemen) verweisen, werden die in Nordamerika wahrgenommenen beruflichen Chancen – im Zusammenspiel mit persönlichen und familiären Zukunftsplanungen – zur Grundlage einer expliziten Hinwendung zur Aufnahmegesellschaft. Dies wiederum geht insbesondere im Falle der nigerianischen Ärzte mit der Übernahme von Eigen-Verantwortung für die Herkunftsgesellschaft einher, die über die Zahlungen individueller *Remittances* hinausweist: Im Rahmen einer Selbst-Organisation greifen Ärzte formend in die Herkunftsgesellschaft ein und betreiben – weitgehend in Kooperation mit dem nigerianischen Staat – „medizinische Missionen“ sowie Lobby-Arbeit in Bezug auf die nationale Gesundheitspolitik.

Eine weitere Facette im Prozess transnationaler Selbst-Identifikation stellt schließlich das Beispiel von Somali-Flüchtlingen in Finnland dar, das auf das moralische Konfliktpotenzial migrationspezifischer Dynamiken verweist. Wie Tiilikainen (2007) zeigt, entwickeln die somalischen Männer und Frauen im Migrationszusammenhang eine Reihe religiös ausgerichteter Strategien, um die Erfahrungen des sozialen Abstiegs im Aufnahmeland und die wahrgenommene moralische Entfremdung vom Herkunftskontext zu kompensieren. Im Falle der (häufig arbeitslosen) Männer kann dies über den Besuch von Moscheen erfolgen, die zu sozialen Treffpunkten und Identifikationsorten werden; für die Frauen wiederum wird das Tragen des Schleiers sowie die Durchführung transnational angelegter Heilungsrituale zum Ausdruck des Bewahrens von „Kultur“ und „Identität“.

So unterschiedlich die hier gewählten ethnographischen Beispiele im Hinblick auf Migrationsbedingungen und -motivationen sein mögen – und so heterogen die diesen Beispielen zugrunde liegenden politischen und ökonomischen Konstellationen auch sind –, so deutlich verweisen sie doch auf die Notwendigkeit, die Biographien und Lebenswelten von MigrantInnen jenseits ökonomischer und rechtlicher Dimensionen detailliert zu betrachten. Ethnologische Forschung kann dabei helfen, einem vielfach verbreiteten Bild von „MigrantInnen ohne Geschichte“ zu begegnen und zu zeigen, mit welcher vielfältigen Herausforderungen und Verpflichtungen migrierende Männer und Frauen – über nationale Grenzen hinweg – oft konfrontiert sind.

3) Ethnologie als Mittler: Herausforderungen und Grenzen

Im gegenwärtig sich eröffnenden Feld der Migrationspolitik kann die Ethnologie die diversen Belange und Eigensichten von MigrantInnen in verschiedene gesellschaftspolitische Zusammenhänge hinein artikulieren und damit dem gesellschafts*gestaltenden* Potenzial der Disziplin in einer globalisierten Welt ein Stück weit Rechnung tragen. Mit welchen Möglichkeiten und Grenzen das Fach dabei konfrontiert wird, möchte ich abschließend am

Beispiel von Forschungen zu Migration und Gesundheit skizzieren, die einen kleinen Einblick in die hier auftretenden Herausforderungen gewähren.

In der Medizinethnologie wurde mehrfach betont, dass „Kultur“ und „Ethnizität“ keine ausreichende Erklärungsgrundlage dafür darstellen, das Gesundheitsverhalten und den Gesundheitsstatus migrierender Männer und Frauen zu erklären. Wie Verwey (2003) zeigt, müssen vielmehr andere soziale, ökonomische und politische Prozesse und Kräfte berücksichtigt werden, um diesen Sachverhalt verständlich zu machen. Insbesondere wird eine Schärfung der methodologischen Zugänge und analytischen Konzepte rund um „Migrant“ und „Migration“ notwendig, um der (transnationalen) Vielfalt sozialer, moralisch-religiöser und politisch-ökonomischer Zusammenhänge, in die gesundheitsrelevantes Verhalten eingebettet ist – und die gleichzeitig durch die Handlungen und Netzwerke migrierender Männer und Frauen transformiert bzw. teilweise erst neu konstituiert werden – gerecht zu werden (Dilger und Hadolt 2009: 22ff.; siehe auch Krause 2008).

Das hier entstehende Wissen sollte jedoch nicht an den Toren der Disziplin halt machen, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Fächern und auch mit „PraktikerInnen“ überprüft und weiterentwickelt werden. Wie die Diskussionen einer interdisziplinär angelegten Studiengruppe zu Migration und Gesundheit an der FU Berlin dabei zeigten, existieren in Deutschland nur wenige epidemiologische und ethnographische Erhebungen zum Thema Migration und Gesundheit, die eine Beziehung zwischen dem Gesundheitsstatus von MigrantInnen und soziokulturellen Determinanten wie Aufenthaltsstatus bzw. (transnational eingebettetem) sozioökonomischem Lebenszusammenhang herstellen. Eine der Herausforderungen der interdisziplinären Zusammenarbeit von Anthropologen und Epidemiologen kann darin bestehen, Forschungsansätze zu entwickeln, die sowohl der Individualität und Komplexität von Migrationsverläufen Rechnung tragen als auch Aufschluss über allgemeinere Problemkonstellationen im Feld „Migration und Gesundheit“ geben. Die hier auftretenden Herausforderungen im interdisziplinären Dialog verweisen wiederum auf die unterschiedlichen methodischen Traditionen und Zugänge der beiden Fächer: „Während für die Validität epidemiologischer Studien große Fallzahlen relevant sind, um Aussagen zu populationsrelevanten Determinanten treffen zu können, besteht die Stärke der ethnologischen Arbeitsweise in eher in die Tiefe gehenden Studien mit geringer Fallzahl, die sich an konkreten Lebenswelten der Untersuchten orientieren. Ein interdisziplinär arbeitendes Forschungsprojekt von Epidemiologen und Ethnologen muss diese beiden Voraussetzungen berücksichtigen...“ und einen methodologischen Ansatz erarbeiten, der nicht nur den jeweiligen disziplinären Perspektiven und Anliegen Rechnung trägt, sondern darüber hinaus auch Raum für die Erhebung (quantifizierbarer) politik-relevanter Gesundheitsdaten im Migrationsbereich lässt (Dilger und Wolf 2009).

Das Beispiel „Migration und Gesundheit“ lässt aber noch einen weiteren Aspekt ethnologischer Forschung erkennen, der insbesondere für die Gesundheitspraxis von Relevanz werden kann. Die von EthnologInnen durchgeführten Langzeitstudien erheben nicht nur detaillierte Daten über das individuelle und gleichzeitig sozial eingebettete Gesundheitsverhalten unterschiedlicher MigrantInnengruppen. Auch werden aufgrund der Sprachkenntnisse ethnologischer ForscherInnen und der über einen langen Zeitraum aufgebauten Beziehungen intensive Kontakte zu unterschiedlichen AkteurInnen im Migrationsfeld etabliert, die als *Entry Point* für *Community*-basierte Gesundheitsmaßnahmen dienen können. Gerade das Beispiel undokumentierter MigrantInnen zeigt dabei, wie einzigartig der Zugang von EthnologInnen zu einem Feld ist, in dem der Aufenthaltsstatus zunehmend durch staatliche Willkür, und weniger aus einem einforderbaren politischen oder ökonomischen Recht heraus reguliert wird (vgl. Ticktin 2006). Wie Susann Huschkes Studie über undokumentierte lateinamerikanische MigrantInnen in Berlin zeigt, wird in diesem Zusammenhang „Vertrauen“ zum zentralen Moment eines Lebensalltags, in dem Lebenskonstellationen mühsam aufgebaut werden – und vom plötzlichen Zusammenbrechen bedroht sind, falls ein Teil des erarbeiteten sozialen Netzes nicht in der erhofften Weise funktioniert (Huschke 2009). Auch die in diesem Bereich arbeitenden Gesundheits-NGOs – die einerseits in einer gesundheitspolitischen Grauzone arbeiten, insofern die medizinische Versorgung undokumentierter MigrantInnen offiziell nicht vorgesehen ist, andererseits jedoch durch ihre vom Staat tolerierte (und teilweise durch die Kommunen finanziell unterstützte) Arbeit eine Lücke des Gesundheitssystems schließen – machen den Schutz dieses Vertrauens daher zur obersten Priorität ihrer Arbeit. EthnologInnen werden unter diesen Bedingungen Teil eines komplexen politischen und ethischen Felds, in dem ein über einen langen Zeitraum erarbeitetes Vertrauen zu „InformantInnen“ (und Organisationen) für sie erst den Zugang zum „Forschungsfeld“ eröffnet und zur Grundlage der Identifikation individueller Handlungsspielräume wird. Gleichzeitig fühlen sie sich den Prinzipien der Anwendbarkeit und gesellschaftspolitischen Relevanz verpflichtet, die die Grundlage für eine Verbesserung der Gesundheitssituationen der von ihnen untersuchten Gruppen darstellt und in der letztlich das Argument der Individualität und Komplexität oft einmal wenig Raum hat (ibd.). Des Weiteren weist das Beispiel undokumentierter MigrantInnen auf die Notwendigkeit hin, die ethischen Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und staatlichen Behörden bzw. nicht-staatlichen Organisationen sorgfältig zu reflektieren und im Hinblick auf die Bereitstellung von erhobenen Daten und gewonnenen Kontakten zur MigrantInnen-*Community* zu überdenken.

Schluss

In diesem kurzen Beitrag habe ich gezeigt, dass das Thema der Migration die Ethnologie auf vielfältige Weise dazu herausfordert, ihre konzeptuellen und methodologischen Grundlagen zu überdenken und in gesellschaftspolitische Diskussionszusammenhänge einzubringen. Dies schließt nicht nur eine gründliche Reflexion zu zentralen analytischen Begriffen wie „Kultur“ und „Ethnizität“ ein, denen in den letzten Jahren der aus der Wirtschaft entlehnte Begriff der Diversität entgegengestellt wurde. Auch habe ich dargelegt, dass ein detaillierter Blick auf die biographischen und identitätsstiftenden Lebenszusammenhänge unterschiedlicher MigrantInnengruppen dazu beitragen kann, einer Wahrnehmung von „MigrantInnen ohne Geschichte“ zu begegnen und den jeweiligen Anliegen und Perspektiven Rechnung zu tragen, die sich aus individuell und kollektiv erlebter Geschichte für das Leben im Aufnahmeland ergeben. In einer Debatte über „Integration“, wie sie auch in Deutschland seit einigen Jahren geführt wird, sollten die hier zu Tage tretenden Erfahrungen und Alltagspraxen nicht als „Störfaktor“, sondern als Anlass zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den im Kontext von Migrationsprozessen entstehenden Problemkonstellationen, Bewältigungsstrategien und Handlungspotenzialen genommen werden. Gelingt es, die Ergebnisse aus ethnologischen Forschungen in interdisziplinäre, öffentliche und politische Debatten einzubringen, können sie die Grundlage für eine Verbesserung der Lebenssituationen der von ihnen untersuchten Gruppen bilden, indem sie differenzierte und „dichte“ Beschreibungen und Analysen liefern. Dies wiederum kann für das wissenschaftliche Selbstverständnis der Disziplin und ihre Selbstverortung in Bezug auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge neue und wichtige Akzente setzen.

Literatur:

Appadurai, Arjun (1990): Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy. In: *Public Culture* 2 (2): 1-24.

Dilger, Hansjörg und Bernhard Hadolt (2009) (Hrsg.): *Medizin im Kontext. Krankheit und Gesundheit in einer vernetzten Welt*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.

Dilger, Hansjörg und Angelika Wolf (gemeinsam mit der Studiengruppe „Migration und Gesundheit in Berlin“) (2009): *Abschlussbericht der Studiengruppe „Migration and Health in Berlin“, gefördert durch die Volkswagen-Stiftung*. Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin, September 2009.

- Fleischer, Annett** (2009): *Making Families among Cameroonian 'Bush Fallers' in Germany: Marriage, Migration, and the Law*. Dissertationsschrift am Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin (eingereicht im Oktober 2009).
- Glick Schiller, Nina** (2007): Transnationality. In: Nugent, David und Joan Vincent (Hrsg.): *A Companion to the Anthropology of Politics*. Malden: Blackwell Publishing, S. 448-467.
- Huschke, Susann** (2009): Fragiles Netz – Krankheitserfahrungen undokumentierter Latinas in Berlin. In: Falge, Christiane, Andreas Fischer-Lescano und Klaus Sieveking (Hrsg.): *Gesundheit in der Illegalität. Rechte von Menschen ohne Aufenthaltsstatus*. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 45-61.
- Krause, Kristine** (2008): Transnational therapy networks among Ghanaians in London. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34 (2): 235-251.
- Luig, Ute** (2007): Diversity als Lebenszusammenhang: Ethnizität, Religion und Gesundheit im transnationalen Kontext. In: Krell, Gertraude, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben und Dagmar Vinz (Hrsg.): *Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 97-108.
- Sullivan, Noelle, Hansjörg Dilger und David Garcia** (2008): *Negotiating Professionalism, Economics, and Altruism: An Appeal for Ethnographic Approaches to African Medical Migration*. Manuskript zur Publikation eingereicht.
- Ticktin, Miriam** (2006): Where Ethics and Politics Meet. The Violence of Humanitarianism in France. In: *American Ethnologist* 33 (1): 43-49.
- Tiilikainen, Marja** (2003): Somali Women and Daily Islam in the Diaspora. In: *Social Compass* 50 (1): 59-69.
- Vertovec, Steven** (2007): Super-diversity and its implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 29 (6): 1024-54.
- Verwey, Martine** (2003): Hat die Odyssee Odysseus krank gemacht? Migration, Integration und Gesundheit. In: Lux, Thomas (Hg.): *Kulturelle Dimensionen der Medizin. Ethnomedizin – Medizinethnologie – Medical Anthropology*. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, S. 277-307.

Themenblock:

Brennpunkte: Bildung – Gesundheit – Aufenthalt

Sabine Klocke-Daffa, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

1. Ethnologische Kenntnisse neu gefragt

Die Ethnologie als „Wissenschaft vom kulturell Fremden“ ist längst nicht mehr nur für entlegene Gesellschaften in fernen Ländern zuständig, sondern auch für die eigene Gesellschaft. Denn die Fremden sind Teil des Eigenen geworden, bringen ihre kulturellen Identitäten in den Prozess der sich konstituierenden deutschen Einwanderungsgesellschaft ein und bestehen auf Respektierung ihres Anders-Seins. Dafür jedoch ist Expertise erforderlich, müssen Konzepte ausgearbeitet und Informationskampagnen gestartet werden, um das reibungslose Funktionieren einer plurikulturellen Gesellschaft zu gewährleisten. Das stellt auch die Ethnologie vor neue Aufgaben, und plötzlich ist sie mehr denn je gefragt. Öffentliche Institutionen ebenso wie private Unternehmen haben die Ethnologie neu für sich entdeckt, denn Ethnologen können vieles bieten, was in der Integrationsarbeit dringend vonnöten ist: Sie verfügen über ein sehr spezifisches kulturelles Wissen, um Werte, Normen und Verhaltensweisen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen verständlich zu machen, sie bringen ein hohes Maß an interkultureller Sensibilität und Kompetenz mit, sie haben es gelernt, die Perspektive zu wechseln und sind für Recherchen vor Ort methodisch äußerst versiert.

Wenn es um den Beitrag der Ethnologie zur Förderung von Integration und das Verhältnis zur administrativen Praxis geht, dann erscheint es mir zweckmäßig, einige grundsätzliche Fragen zu beantworten, die meine eigenen Erfahrungen mit der Praxis der Ethnologie reflektieren:

a) Was ist zu tun?

Es gilt, das in den vergangenen Jahrzehnten beträchtlich angewachsen Wissen über andere Kulturen (einschließlich der Kulturen im eigenen Land) nicht nur für die Wissenschaft zu nutzen, sondern auch für die Öffentlichkeit transparenter zu machen (von der die Wissenschaft letztlich finanziert wird). In der Bürgerschaft und in den Verwaltungen wird dieses Wissen häufig gar nicht zur Kenntnis genommen, weil wissenschaftliche Forschungen als zu komplex und unverständlich gelten, um sich selbst damit zu befassen und weil es ihnen niemand erklärt. Dem sollte die Ethnologie Rechnung tragen und ihre Elfenbeintürme gelegentlich verlassen, indem relevante Ergebnisse in verständlicher Form, kurz und prägnant zur Verfügung gestellt oder öffentlich präsentiert werden. Dazu gehört auch, dass

praktische Anforderungen an die Ethnologie verstärkt Eingang in die Lehre finden, um Studierende auf den „Beruf des Ethnologen“ (ein ganz neuer Gedanke) vorzubereiten. Dazu müssten allerdings die herkömmlichen starren Strukturen curricularer Lehrpläne durchbrochen werden. Und schließlich sollte sich die Ethnologie stärker auf ihre Aufgabe als vergleichende Wissenschaft besinnen. Das befähigt sie dazu, nicht nur das Fremde, sondern auch das Eigene zu untersuchen.

b) Was kann geleistet werden – was nicht?

Die Ethnologie ist dort am besten, wo es gilt, Informationen über unterschiedliche Werte, Normen und Verhaltensweisen, Glaubensvorstellungen, Identitätsmuster oder Transformationsprozesse bereit zu stellen. Für die praktische Integrationspolitik kann das auf unterschiedliche Art nutzbar gemacht werden:

- durch praxisrelevante Forschungen vor Ort, deren Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden wie z.B. zur ethnischen Identität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zu den kulturspezifischen Kategorien des Fremden im Umgang von Migranten und Behörden oder über die Grenzen des Fremden in der Stadtgesellschaft (um nur einige Beispiele jüngster ethnologischer Forschungen in Deutschland zu nennen)
- durch Trainings in interkultureller Kompetenz
- durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie Vortragsreihen, Konzerte und Ausstellungen, in denen Integrationsfragen aufgegriffen werden
- durch Beratungen, Expertisen, Gutachten oder Tätigkeiten als „Kulturdolmetscher“
- durch Beteiligung an Diskussions- und Beratungsforen der mit Integrationsfragen befassten Institutionen

Nicht zu leisten wäre dagegen jede Art von dauerhafter Übernahme öffentlicher Dienstleistungen. Dies entspräche weder der Aufgabe der Ethnologie noch den strukturellen Voraussetzungen, die per se ein hohes Maß an Fluktuation sowohl unter Lehrenden wie unter Studierenden beinhaltet. Das bedeutet:

- keine ständige Bereitstellung von Personal
- keine kontinuierlichen Angebote für Fortbildungen (das wäre von freiberuflichen Ethnologen, Vereinen oder Consultants zu übernehmen)

c) Was sind die Voraussetzungen?

Transferleistungen an die Öffentlichkeit stellen Ethnologen ebenso wie Vertreter der Administration mangels Übung vor einige Herausforderungen. Wenn ethnologisches Wissen im Integrationsprozess genutzt werden soll, sind einige grundsätzliche Voraussetzungen zu gewährleisten:

- Aufeinander zugehen: Behörden sollten konkrete Anfragen mit konkreten Problemstellungen an die Wissenschaft richten – Ethnologen sollten konkrete Angebote formulieren
- Genehmigungen und Mittel erteilen: Solides wissenschaftliches Arbeiten ist nicht dauerhaft im Ehrenamt zu leisten. Die Bereitstellung von Mitteln ermöglicht kurzfristig initiierbare Projekte und vermeidet aufwändige Forschungsanträge
- Diskussions- und Evaluierungs-Foren einrichten: Foren für Rückmeldungen fördern die Überprüfung und Nachhaltigkeit wissenschaftlich begleiteter Projekte

2. Fortschritte

An vielen Orten sind erste Schritte auf dem Wege zu einer Erfolg versprechenden Zusammenarbeit zwischen ethnologischen Instituten und staatlichen Behörden gemacht worden. Es hat sich gezeigt, dass im Prozess der Integration der Stadtgesellschaft eine besondere Rolle zufällt, denn die Mehrzahl aller Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland lebt in urbanen Zentren. Integration vollzieht sich nicht in einem abstrakten Raum auf Bundes- oder Landesebene, sondern in den Stadtvierteln, Schulen, Vereinen, Unternehmen, kommunalen Einrichtungen und Nachbarschaften vor Ort. Diese Mikrokosmen sind überschaubare Einheiten und könnten ein neues Ziel ethnologischer Feldforschungen werden.

Beitrag zum DGV-Symposium „Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven“

Ingrid Kummels, Freie Universität Berlin

In den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten in Deutschland wird der Begriff Integration eng mit dem von Migration verknüpft. „Die Migranten“, die es demnach zu integrieren gilt, werden zum einen als eine wandernde Schicht der Armen und Ungebildeten imaginiert, zum anderen allgemein als Menschen, die nicht im Land ihrer Geburt leben oder nicht in dem ihrer (kulturell definierten) Herkunft ansässig sind. In den letzten Jahren wurden durchaus neue Akzente in der Zuwanderungspolitik und damit einhergehend bei der Definition von Integration gesetzt. Im Zuge des internationalen Wettbewerbs um Fachkräfte ist Deutschland seit 2002 de facto zum Einwanderungsland erklärt worden. Dies eröffnet neue Perspektiven auf die Integrationsdebatte, denn geographische Mobilität wird zunehmend als selbstverständlicher Bestandteil der Arbeitswelt begriffen. Gleichzeitig wird jedoch nach wie vor in politischen Diskursen Skepsis gegenüber Einwanderung signalisiert. Im aktuell geplanten „Integrationsvertrag für Neuzuwanderer“ der Bundesregierung ergeht die Aufforderung an Migranten, sich die deutsche Sprache anzueignen und sich zu Werten wie der Meinungsfreiheit und der Gleichberechtigung der Frau zu bekennen. Die Schwerpunktsetzung dieser politischen Botschaft droht dringlichere Probleme der sozialen Ungleichheit und deren primäre Ursachen zu verschleiern, wie die strukturelle Benachteiligung von Migrantenkindern im Rahmen des deutschen Bildungssystems und der damit verbundene ungleiche Zugang zum Arbeitsmarkt. Ein erstes Fazit ist, dass das Binom Integration/Migration den Blick auf komplexere Prozesse versperrt: So werden im Zuge von Transnationalisierung eine Vielzahl von Regionen und Staaten als Sender- und Empfängerräume miteinander vernetzt und überlagern sich. Integration, verstanden als den gleichberechtigten Zugang zu den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen einer Gesellschaft, kann deshalb nur als ein dynamischer, interaktiver Prozess verstanden werden, an dem so genannte Inländer ebenso wie so genannte Ausländer partizipieren bzw. partizipieren sollten.

Die Ethnologie muss die populistische Kausalverkettung von Integration und Migration vor allem *öffentlich* zunehmend hinterfragen und dekonstruieren. Migration im Sinne einer breiten Kategorie von intraregionaler, interregionaler und interkontinentaler – also generell grenzüberschreitender – Bevölkerungswanderung geht vielmehr mitten durch die deutsche Gesellschaft. Ethnologische Studien belegen, dass wir in einem „Zeitalter“ bzw. in einer „Kultur der Migration“ leben, die sich nicht allein durch eine quantitative Zunahme, sondern

durch qualitativ neue Formen von Mobilität kennzeichnen. Mit ihnen transformieren sich nicht nur Zugehörigkeitsgefühle und kulturelle Gemeinsamkeiten, sondern auch die Formen sozialer und kultureller Ausgrenzung. Oft gehen diese quer zu den bisherigen sozialen und ethnischen Kategorisierungen und schaffen so neue Formen der Ungleichheit, die nun meist eng an den staatlich regulierten Zugang zu Mobilität geknüpft sind. Da sich verschiedene Mobilitätsformen wie Ausbildungsmigration, Wirtschaftsmigration, Rückkehrmigration und Tourismus überlagern, ist es sinnvoll, sie in einen Zusammenhang zu setzen und zugleich die neuen sozialen Positionierungen, die sich daraus ergeben, differenzierter zu betrachten. Sowohl so genannte Inländer als auch so genannte Ausländer sind mit den Herausforderungen, die die räumliche Konzentration von Menschen verschiedener ethnischer Herkunft und Kulturen in den Städten für Integration bzw. im städtischen Zusammenleben bedeutet, konfrontiert. Dies betrifft Fragen der sprachlichen und interkulturellen Kommunikation bzw. der sprachlichen Pluralisierung in Ausbildungs- und Arbeitsstätten sowie von Neubeheimatung bzw. *place making* in den Städten, auch in der Form von *ethnic communities* und *ethnic businesses*. Letztere Gruppenbildungen werden bisweilen als Form von Segregation oder Parallelität problematisiert. Zu beachten ist aber, dass gerade sie als Ressource für Selbstorganisation und Integration genutzt werden.

EthnologInnen engagieren sich bereits in praxisbezogenen Berufsfeldern, die Fragen der Integration im Zuge von transnationaler und globaler Mobilität sowie die Prozesse von kultureller und sozialer Verlagerungen betreffen. Dies steht im Einklang mit der Neuausrichtung, die die thematischen Schwerpunkte, die Begrifflichkeiten, die Methodik und theoretischen Ansätze der Disziplin längst erfahren haben – thematisch zum Beispiel in Richtung auf die Mobilitäts- und Migrationsforschung, die Transnationalitätsforschung und die urbane Anthropologie. Doch sind EthnologInnen weniger als ExpertInnen des Inlands als des Auslands tätig und werden dementsprechend wahrgenommen; die beruflichen Einstiegschancen sind bisher im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit größer als in dem der Integrationspolitik städtischer Behörden. Um dies zu verändern, bedarf es einer größeren Einmischung von EthnologInnen in diesen Kontexten in Deutschland: Dazu zählen neben der Teilnahme an öffentlichen Diskussionen jenseits von Fachkreisen, Stellungnahmen in öffentlichen Medien zu den Debatten über Migration und Integration in Deutschland und der Europäischen Union sowie die praxisbezogene Mitgestaltung von Aktivitäten im Bereich des städtischen Zusammenlebens, auch gerade mit Blick auf die ‚deutsche‘ Bevölkerung. Erst dann wird die Ethnologie ihre politische Verantwortung in diesen gesellschaftlichen Feldern stärker wahrnehmen können.

Ethnologie in der Praxis

Michael Schnegg, Universität zu Köln

Im Mittelpunkt des Workshops stand die Frage, ob und wie Absolventinnen und Absolventen der Ethnologie sich in die Praxis einbringen können, um kulturelle Diversität zu gestalten und/oder Integration zu fördern. Dabei richtet sich das Interesse insbesondere auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen der Bundesrepublik, die bei Bildung und Gesundheit mit den Herausforderungen einer globalisierten Welt konfrontiert sind. Mein Beitrag greift das Thema in drei Teilen auf. Im ersten Teil werde ich der Frage nachgehen, was für ein Verständnis von Kultur dieser Fragestellung zugrunde liegt und wie man dieses Verständnis erweitern kann, um zu erkennen, welche Merkmale von Akteuren in welchen Situationen relevant sind und diese dann zu Gruppen zusammenschließen. Im zweiten Teil werde ich den während des Symposiums geäußerten Einwand diskutieren, ob Ethnologie praktisch oder unpraktisch sein soll, um dann im dritten Abschnitt einige Ideen vorzutragen, wie man Interdisziplinarität und die Integration von Stakeholdern in transdisziplinären Forschungsprojekten verbinden kann, um praktische Lösungen zu erarbeiten, die gesellschaftliche Probleme nachhaltig lösen können.

Der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion um interkulturelle Kommunikation und Integration liegt zumindest in Teilen die Vorstellung zugrunde, dass man Menschen danach einteilen kann, welcher Kultur sie zugehören – sie sind Japaner, Iraner oder Nama – und, dass diese Einteilung für ihre Interaktion mit staatlichen Institutionen relevant ist. Amartya Sen hat in seinem viele beachteten Buch „Identity and Violence“ eine recht eindeutige Antwort auf die Frage formuliert, ob es Sinn macht, die Menschheit vornehmlich in voneinander klar abgrenzbare Kulturen zu unterteilen: Sie lautet nein (Sen 2006). Diese Vorstellung von Kulturen beruht, so sein Argument, auf der Annahme, dass es irgendwie möglich ist, die Beziehungen zwischen den Menschen ohne größeren Erkenntnisverlust auf die Beziehungen zwischen den Kulturen zu reduzieren. Sen ist davon überzeugt, dass diese Vorstellung falsch ist.

Sen stellt dem eine „eigene“ Konzeption von Kultur und Identität gegenüber. Diese bezeichnet er als „Plurale Identität“. Menschen sind nicht nur Muslime, Christen oder Hindus, sondern eben auch Arbeiter, Angestellte oder Beamte, homo- oder heterosexuell, Männer oder Frauen etc. In anderen Worten: Sie interagieren in unterschiedlichen sozialen Kontexten, die jeweils einen Teil ihrer pluralen Identität prägen. Diese Vorstellung greift, leider ohne sie explizit zu zitieren, auf eine sehr lange gedankliche Tradition aus Soziologie und Ethnologie zurück: Georg Simmel bezeichnete diese Kontexte als soziale Kreise, die

sich mehr oder weniger stark kreuzen, Siegfried Nadel und Ralf Dahrendorf als Rollen und Harrison White als Positionen. In der Ethnologie hat Max Gluckman in diesem Zusammenhang den Begriff der multiplexen Beziehungen geprägt (Dahrendorf 2006; Gluckman 1955; Nadel 1957; Simmel 1992 [1908]; White 2008).

Dabei ist die zentrale Annahme von Sen, dass Menschen frei wählen können, auf welche dieser Rollen und Identitäten sie in einer bestimmten sozialen Situation zurückgreifen wollen. Diese Annahme ist in meine Augen zumindest in Teilen falsch. Sie ignoriert die Bedeutung von Strukturen, die den Zugang zu Ressourcen beschränken und die Wahlfreiheiten von Individuen einengen (Sewell 1992). Diese Strukturen können etwa gesellschaftliche Verhältnisse, die Verteilung von ökonomischen Ressourcen oder kulturelle Modelle sein. Ethnologinnen und Ethnologen sind nicht von Hause aus kulturelle Mediatoren. Sie besitzen aber unter allen Kultur- und Sozialwissenschaftlern in meinen Augen die besten methodischen Voraussetzungen, um diese Verbindung von Mikro- und Makroebene zu untersuchen und um zu zeigen, wie Menschen in **bestimmten** Situationen auf **bestimmte** Merkmale einer pluralen Identität zurückgreifen oder durch bestimmte Strukturen darauf zurückgeworfen werden. Eine Verbindungen aus entscheidungstheoretischen Modellen und Erkenntnisse aus der kognitiven Psychologie (*Frames*) und der Schematheorie kann einen fruchtbaren handlungstheoretischen Rahmen für solche Erklärungen liefern (Schlee 2006). Die Analyseebene ist dabei weder die Kultur noch das Individuum, sondern eine Mesoebene sozialer Gruppen oder Netzwerke, zu der der Ethnologe und die Ethnologin durch teilnehmende Beobachtung und Ethnographie gut Zugang bekommen kann. Vor dem Hintergrund dieses Wissens über Handlungsfreiheiten und Strukturen, die die Wahl von Identitäten gestalten, wird es möglich, die Rechte einzelner Personen oder Gruppen zu stärken. Das kann durch die ethnische Zugehörigkeit geprägt sein, oft sind es aber auch Bildung, Klasse oder Geschlecht. Ich möchte daher, und da schließe ich mich Sen an, davor warnen, die Beziehungen zwischen Menschen und die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern auf eine Kategorie – Kultur – zu reduzieren, wenn man praktische Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeiten will.

Man kann grundsätzlich hinterfragen, ob sich die Ethnologie in dieser aktiven Form in gesellschaftliche Zusammenhänge einbringen soll. In der Diskussion in Berlin wurde das von Martin Sökefeld mit dem Begriff umschrieben, dass Ethnologie „unpraktisch“ sein muss. In dieser Lesart soll sich die Rolle der Ethnologie darauf konzentrieren, Organisationen und Verfahrensabläufe zu hinterfragen, indem sie die dominanten Diskurse und ihre Produktion dekonstruiert. Mir ist das wichtig und dennoch zu wenig. Die Möglichkeiten der Ethnologin oder des Ethnologen würden dadurch stark eingeschränkt. In meinen Augen kann Ethnologie

mehr. Wir bringen das Wissen mit, um an Lösungen grundlegender Probleme konstruktiv mitzuwirken. Zu solchen grundlegenden Fragen zählen der ungleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung, die nachhaltige Nutzung und Verteilung natürlicher Ressourcen, die Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und vieles mehr. Wieso sollten wir diese Aufgabe anderen überlassen? Nur weil wir aus unserem Wissen keine praktischen Vorschläge ableiten wollen oder weil wir eventuell nicht bereit sind, auch bei der Umsetzung unserer Vorschläge Verantwortung zu übernehmen?

Das soll nicht heißen, dass Ethnologie immer anwendungsorientiert sein muss. Es gibt viele wichtige wissenschaftliche Fragen, die man grundsätzlich durchdenken muss, ohne dass es für die Antworten momentan einen konkreten Anwendungsbezug gäbe. Darüber hinaus darf die Ethnologie sich nicht unkritisch vor den Karren der Geber spannen lassen und als ein Alibi für eine kritische Auseinandersetzung mit Ungleichheit und Unterdrückung auf der lokalen Ebene gelten. Ethnologie muss also immer auch hinterfragen, ob sie in solchen Zusammenhängen nicht instrumentalisiert wird.

Wenn Ethnologinnen und Ethnologen auch in unserer Gesellschaft und in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen an der Lösung realer Probleme arbeiten wollen, dann lässt sich einiges aus den Erfahrungen lernen, die man außerhalb Europas gesammelt hat. Konkret geht es mir dabei um die Form der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organisationen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und den anderen in ein Problem involvierten Stakeholdern. Mit Stakeholdern bezeichnet man ganz allgemein Akteure, die ein Interesse an dem Verlauf eines Prozesses haben. In der Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere im Bereich des Ressourcenmanagements hat sich seit einiger Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass man ohne eine partizipative Einbettung von Stakeholdern kaum ein gesellschaftliches Problem nachhaltig lösen kann. Dazu sind die Interessen der beteiligten Akteure oft zu divers und ihre Macht, Prozesse zu boykottieren, ist zu groß. Wenn Stakeholder bereits in der Planung eines Projektes aktiv und entscheidungsbefugt in den Prozess eingebunden sind, der wissenschaftlich begleitet eine gesellschaftliche Veränderung bewirken soll, spricht man von einer transdisziplinären Forschung. Die Forschung in transdisziplinären Forschungsprojekten wird dabei oft von interdisziplinären Teams durchgeführt.

Ein transdisziplinärer Forschungsprozess wird oft in drei Phasen untergliedert: 1. die Problemidentifikation und -strukturierung, 2. die Problembearbeitung, 3. die In-Wert-Setzung, um eine am Gemeinwohl orientierte Lösung für ein Problem zu erarbeiten. Während in der klassischen wissenschaftlichen Forschung insbesondere die Problemlösung im Mittelpunkt steht, sollen in transdisziplinären Projekten alle drei Schritte gleichberechtigt bearbeitet

werden. Die Beteiligung von Stakeholdern wie staatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Nutzern bedeutet für die Wissenschaft auch, Freiheiten aufzugeben. In transdisziplinären Forschungsprojekten werden in der Regel Gremien gebildet, in denen die Stakeholder die Mehrheit haben und die über die Wege entscheiden, wie man eine Lösung erarbeitet. Das geschieht vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass sich so zumindest unter bestimmten Bedingungen Lösungen entwickeln lassen, für die ein so breiter Konsens besteht, dass alle Beteiligten an ihrer praktischen Umsetzung mitwirken wollen.

Krankheit, Ungleichheiten und Unterdrückung sind zu präsent, als dass die Ethnologie davor die Augen verschließen kann. Sie darf sich meines Erachtens auch nicht darauf beschränken, Diskurse zu dekonstruieren und dominante Praktiken zu kritisieren. Es liegt meiner Meinung nach in der Verantwortung der Ethnologie, unser Wissen zur Verfügung zu stellen und uns konstruktiv in Prozesse einzubringen, um diese Probleme zu lösen. Dabei müssen wir uns natürlich darüber im Klaren sein, dass Wissen und Wissenschaft immer auch instrumentalisiert werden kann und dass das nicht immer zum Wohle der von uns Untersuchten geschieht.

Literatur:

Dahrendorf, Ralf, 2006: Homo Sociologicus. Wiesbaden: VS-Verlag.

Gluckman, Max, 1955: The judicial process among the Barotse of Northern Rhodesia. Manchester: Manchester University Press.

Nadel, Sigfried, 1957: The theory of social structure. London: Cohen & West.

Schlee, Günther, 2006: Wie Feindbilder entstehen: Eine Theorie religiöser und ethnischer Konflikte. München: C.H. Beck.

Sen, Amartya, 2006: Identity and Violence: The Illusion of Destiny. New York: Norton Company.

Sewell, W. H., 1992: A Theory of Structure - Duality, Agency, and Transformation. American Journal of Sociology 98: S. 1-29.

Simmel, Georg, 1992 [1908]: Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

White, Harrison C., 2008: Identity and control: how social formations emerge. Princeton: Princeton University Press.

Ethnologie und die institutionelle Praxis staatlicher Integrationspolitik

Martin Sökefeld, Ludwig-Maximilians-Universität München

Was kann die Ethnologie zur Integrationspraxis beitragen? Soll sie überhaupt etwas zu dieser Praxis, wie sie staatlicherseits, institutionell vorgegeben wird, beitragen? Natürlich sind wir Ethnologen immer bemüht, die gesellschaftliche und praktische Relevanz unserer Disziplin zu betonen – nicht zuletzt, um Ethnologen berufliche Perspektiven auch außerhalb von Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Das setzt auch eine praxisrelevante Ausbildung voraus. Aber da fängt das Problem schon an: Um welche „Praxis“ geht es eigentlich? Ethnologinnen und Ethnologen müssen mit dem Problem leben, dass es (außerhalb von Wissenschaft und Museen) keine Praxis gibt, auf die die Ethnologie spezifisch zugeschnitten wäre. Das ist die Kehrseite davon, dass Ethnologinnen und Ethnologen im Prinzip sehr viele Praxisfelder offen stehen. Aufgrund der großen Breite möglicher Anwendungsfelder ist eine spezifische Ausbildung für bestimmte Praxisfelder mit den beschränkten Lehrkapazitäten der Ethnologie-Institute gar nicht zu leisten. Wir müssen uns weitgehend auf die Kompetenzen konzentrieren, die ohnehin zum Kernbestand ethnologischen Könnens gehören. Das sind meiner Meinung nach Recherchekompetenzen (Feldforschungsmethoden, aber auch Literaturrecherche) sowie die Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Sachverhalte zu analysieren, zu reflektieren und darzustellen. Neben diesen Fähigkeiten erwerben EthnologInnen während des Studiums natürlich auch Wissen, das ich in zwei Bereiche unterteilen möchte: einerseits „Sachwissen“, das sich auf bestimmte gesellschaftlich-kulturelle Phänomene bezieht (z.B. wie sind Muslime in Deutschland organisiert?), andererseits eher theoretisch ausgerichtetes „Metawissen“, das die Bedingungen, unter denen solche Phänomene (und das Wissen von ihnen) zustande kommen, reflektiert (etwa: Was ist überhaupt „Kultur“? Oder: Wie entstehen „Identitäten“?).

Was davon kann in die Praxis staatlich-institutioneller Integrationspolitik eingebracht werden? Natürlich können Recherchekompetenzen und Sachwissen in diesem Rahmen nutzbar gemacht werden. So mag es für eine Institution zum Beispiel wichtig sein, zu wissen, wie bestimmte Gruppen von Einwanderern organisiert sind, und das können Ethnologen recherchieren. Ich denke aber, dass wir dabei auf keinen Fall stehen bleiben dürfen.

Unser Metawissen lehrt uns, dass Institutionen Begriffe verwenden und mit Kategorien arbeiten, die nicht einfach „natürlich“ gegeben sind, sondern – auch wenn sie als noch so normal und selbstverständlich erscheinen – in Prozessen gesellschaftlicher Auseinandersetzung „gemacht“ werden. Aufgabe von Ethnologinnen und Ethnologen – vor

allem, wenn sie in der eigenen Gesellschaft tätig sind – ist auch, das anscheinend Selbstverständliche zu hinterfragen. Dieses kritische und reflektierende Hinterfragen ist sehr wohl auch praktisch relevant, denn es ermöglicht, sich auf neue Situationen einzustellen und Alternativen zum Bisherigen zu entwickeln.

Die Integrationspraxis (und die damit verknüpfte Politik) gehört zu den Selbstverständlichkeiten in Deutschland, die dringend hinterfragt werden müssen. Nicht zuletzt die Politiknähe dieses Praxisfeldes erfordert, dass die hier gängigen Konzepte und Diskurse nicht für bare Münze genommen werden dürfen. So ist etwa die seit einigen Jahren so beliebte Schuldzuweisung, die Idee einer multikulturellen Gesellschaft sei verantwortlich für die Integrationsmisere in Deutschland, ein historischer Unsinn, der tatsächliche Verantwortlichkeiten verschleiert. Ohne den Multikulturalismus verteidigen zu wollen, muss gesagt werden, dass „Multikulti“ eine Antwort auf die bis weit in die 1980er Jahre dominierende Auffassung war, Arbeitsmigranten seien „Gastarbeiter“, die bald in ihr „Heimatland“ zurückkehren sollten. Sie durften sich gerade nicht „integrieren“ und ihren Aufenthalt in Deutschland nicht „verfestigen“. Für die Kinder der „Gastarbeiter“ gab es zum Teil eigene „Türkenklassen“. Sie sollten gerade *nicht* Deutsch lernen, sondern ihre Herkunftssprache pflegen, damit sie sich im Herkunftsland ihrer Eltern „re-integrieren“ konnten. Deutschland sollte ganz ausdrücklich nicht zum Heimatland der Migranten werden. Ausländerpolitik war jahrzehntelang eine Integrationsverhinderungspolitik.

Die erstaunlich schnelle Kehrtwende von der Ablehnung der Integration der „Gastarbeiter“ zur generellen Forderung nach Integration der „Zuwanderer“ hatte keine wesentlichen Folgen für die Politik, wenn auch die Bezeichnungen gewechselt haben. Heute spricht man pädagogisch korrekt von „Menschen mit Migrationshintergrund“. Von Paul Mecheril übernehme ich dafür die schöne Abkürzung „MMMs“, denen die „MOMs“, „Menschen ohne Migrationshintergrund“, gegenüberstehen. Für die Konstitution der Kategorien MMM und MOM, also für die Abgrenzung derjenigen, die in Deutschland nach wie vor als „Andere“, als „Fremde“ betrachtet werden, spielt der Integrationsdiskurs in Deutschland eine zentrale Rolle. Er macht genau das Gegenteil von dem, was er fordert. Er fordert Integration und produziert gesellschaftliche Desintegration. Die Forderung an Zuwanderer, sich zu integrieren, macht nämlich zweierlei: Sie konstituiert die Kategorie „Zuwanderer“ (also MMMs) immer wieder neu, und sie perpetuiert die Zuschreibung, dass Zuwanderer nicht integriert sind. Denn wenn sie integriert wären, müsste man das ja nicht mehr von ihnen fordern. Der Integrationsdiskurs ist eine Art Perpetuum mobile, das Integration verhindert und die Nicht-Integration von MMMs festschreibt. Das zeigt sich unter anderem auch daran, dass die MMMs dieser Kategorisierung gar nicht entkommen können. Es hat sich (zumindest

im akademischen Diskurs, noch nicht unbedingt im gesellschaftlich-politischen) irgendwann die Einsicht durchgesetzt, dass die Rede von „Migranten“ nicht ganz zutreffend ist, weil die „Migranten“ oft gar nicht selbst migriert sind, sondern nur ihre Eltern oder Großeltern. So wurden aus „Migranten“ eben MMMs oder Migranten der zweiten, dritten oder vierten Generation. Der Migrationshintergrund ist also quasi genetisch festgewachsen, er wird vererbt und man wird ihn auch in der x-ten Generation nicht los.

Folgerichtig wird man den Migrationshintergrund auch durch Einbürgerung nicht los. Einbürgerung macht aus Ausländern keineswegs *Deutsche*, sondern nur *Ausländer mit einem deutschen Pass*. Das bestätigen die alltäglichen Erfahrungen der Eingebürgerten, die, etwa weil sie einen „türkischen“ Namen tragen, stets als Ausländer wahrgenommen und behandelt werden. Sie gelten weiterhin als „Fremde“. Ein Gefühl selbstverständlicher Zugehörigkeit wird unmöglich gemacht. Ein mächtiges Mittel zur Ausgrenzung der „Anderen“ ist ihre Problematisierung im Migrationsdiskurs. MMMs werden ständig als Problem definiert. Die wenigen „Migranten“, die hin und wieder als Leitbilder der Integration vorgeführt werden, werden als Ausnahmen betrachtet, wodurch sie die Regel bestätigen und die grundsätzliche Überzeugung von der Problemhaftigkeit der MMMs nicht in Frage gestellt wird. Sabine Mannitz hat so treffend von der beobachtungsstrukturellen Diskriminierung von Migranten und ihren Nachkommen geschrieben. Ein Angehöriger der Mehrheitsgesellschaft muss eben nicht befürchten, als schlecht integriert zu gelten, weil er nur bestimmte Medien konsumiert oder die deutsche Grammatik nicht ausreichend beherrscht.

Ich denke, in diesem Rahmen sollten sich Ethnologinnen und Ethnologen nicht einfach an der Praxis der Integration beteiligen, denn damit würden sie nur ihre Prämissen bestätigen und verfestigen. Ethnologie muss hier die Aufgabe haben, *unpraktisch* zu sein. Sie muss immer wieder herausarbeiten, wie Fremdheit, Differenz und Ausgrenzung im gesellschaftlichen Diskurs und in der politisch-administrativen Praxis in Deutschland reproduziert und perpetuiert werden. Das dient durchaus auch im eigentlichen Sinne der gesellschaftlichen Integration. Denn Integration als gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe kann letztlich nur dann gelingen, wenn die Prämissen der Abgrenzung des „Eigenen“ vom „Anderen“ überdacht werden, und das bedeutet vor allem, wenn sich die Vorstellung davon, was das „Eigene“ – was *deutsch* – ist, radikal ändert.

Vertreter aus Institutionen

Brennpunkte: Bildung – Gesundheit – Aufenthalt

Ursula Bertels, Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e.V.

Um der Bedeutung der Ethnologie bei der Vermittlung von Interkultureller Kompetenz gerecht zu werden, wurde 1992 in Münster von Ethnologinnen und Pädagoginnen der Verein Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e.V. gegründet. Die Arbeit von ESE besteht neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen interkulturellen Ansätzen darin, ethnologisches Material für Schulen sowie für Einrichtungen der Erwachsenenbildung aufzubereiten, um damit für Laien verständliche, wissenschaftlich fundierte Informationen über andere Kulturen zu vermitteln. Ausgangspunkt für die von ESE konzipierten Unterrichtseinheiten, Seminare und Projekte ist die ethnologische Feldforschungserfahrung², durch die neben gesicherten Sach- und Regionalkenntnissen auch Fremdheitserfahrungen vermittelt werden können.

Der von ESE gewählte Ansatz, Interkulturelle Kompetenz auf Basis von ethnologischem Wissen zu vermitteln, macht es möglich, sowohl dieses Wissen der Gesellschaft zugänglich zu machen als auch Entwicklungen der Gesellschaft in die ethnologische Forschung mit einzubeziehen. Das vom Pressereferat der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) organisierte Symposium „Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven“ war für den Arbeitsbereich von ESE daher von größtem Interesse.

Die Diskutanten der Runde „Brennpunkte: Bildung – Gesundheit – Aufenthalt“ waren aus unserer Sicht sehr gut gewählt, da sich in den Redebeiträgen viele Diskussionspunkte wiederfanden, mit denen ESE oft konfrontiert wird. Fragen wie z.B. „Wie wissenschaftlich ist man, wenn man einen stark vereinfachten Kulturbegriff verwendet?“ oder „Ist die Vermittlung von Interkultureller Kompetenz nicht immer pauschalisierend?“ sind Fragen, denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Gründung von ESE immer wieder stellen müssen. Die Arbeit von ESE in den Bereichen Bildung und Gesundheit zeigt aber, wie wichtig gerade die Auseinandersetzung mit Begriffen wie Kultur, Familie, Gesundheit etc. für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen ist.

Die Diskussion zeigte zudem, dass viele Institutionen Interesse haben, Ethnologinnen und Ethnologen in ihre Arbeit mit einzubinden. Dies bedeutet jedoch, dass die Studierenden der Ethnologie neben ihrer wissenschaftlichen Ausbildung gegebenenfalls auch auf ein Arbeitsfeld außerhalb der Wissenschaft vorbereitet werden müssen. Auch wenn es schon an

² Dabei kann die Feldforschung sowohl in der „eigenen“ Gesellschaft (etwa in einem türkischen Stadtteil) als auch in einer „fremden“ Gesellschaft durchgeführt werden.

einigen Universitäten (z.B. Münster) Modelle für eine solche Vorbereitung gibt, wäre es sinnvoll, vielleicht auch dieses Thema noch einmal ausführlicher zu diskutieren.

Insgesamt war das Symposium ein gutes Forum, um den Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen und der Ethnologie die Möglichkeit zu geben, unterschiedliche Ansätze zur Zusammenarbeit zum Thema Integration kennen zu lernen. Neben vielen Denkanstößen für die weitere Arbeit sind auch neue interessante Kontakte entstanden. Das Symposium war aus Sicht von ESE daher ein weiterer wichtiger Schritt, um die gesellschaftliche Relevanz des Faches Ethnologie in Deutschland zu verdeutlichen.

Symposium “Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven“

Eva Maria Blum, Amt für multikulturelle Angelegenheiten/Frankfurt (Main)

Ins Zentrum des Treffens stellten die Organisatoren die Frage nach der “Positionierung der Ethnologie als Wissenschaft vom kulturell Fremden in konkreten Fragen der Integrationspolitik: In welcher Weise sind Ethnologen durch ihre Ausbildung und ihre spezifische Perspektive befähigt, zwischen etablierter administrativer Praxis und kultureller Vielfalt zu vermitteln? Lassen sich Handlungsstrategien und Kommunikationsformen entwickeln, die in Verwaltungskontexten kultureller Differenz verstärkt Beachtung schenken?”

Auf dem Symposium diskutierten Ethnologen aus Lehre und Forschung, in der Praxis tätige Ethnologen und Vertreter staatlicher Institutionen der Integrationspolitik. Ich war eingeladen als Europäische Ethnologin und empirische Kulturwissenschaftlerin aus der Praxis in meiner Funktion als langjährige Mitarbeiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main.

Mein Statement

Die Ethnowissenschaften in Deutschland befassten sich mit Fragen der Migration, mit sozialen Folgen der Zuwanderung der letzten Dekaden, dem gesellschaftlichen Wandel und den entsprechenden kulturellen Phänomenen überwiegend im akademischen Rahmen. Die öffentlichen Debatten um Zuwanderung und Integration und die Kooperation mit Praktikern überließen sie im Großen und Ganzen der Soziologie und der Pädagogik. Das betrifft auch die Inhalte der seit vielen Jahren breit geführten Diskurse um „den Umgang mit dem Fremden“, das „Verstehen des Fremden“, die interkulturelle Pädagogik und das interkulturelle Lernen – einschließlich der Definitionen dessen, was unter Kultur verstanden wurde. Neuere Befunde, dass die Kulturbegriffe, die z.B. den mittlerweile weit verbreiteten, gängigen interkulturellen Trainings zugrunde liegen, den ethnologischen Standards der vierziger, fünfziger Jahre entsprechen, können von daher nicht verwundern.³ In den öffentlichen Institutionen sind die aktuellen Fachinhalte und -diskussionen der Ethno- und Kulturwissenschaften – z.B. über das Kulturverständnis – überwiegend nicht bekannt, genauso wenig wie die ethnografischen Arbeitsweisen und die Methoden der Wissensproduktion.

³ Vgl. dazu: Gertraud Koch (2008): Zur Entwicklung von interkultureller Kompetenz im Studium. Theoretische und pragmatische Ansatzpunkte. In: Bahl, Anke (Hrsg.): Kompetenzen für die globale Wirtschaft. Begriffe – Erwartungen – Qualifikationsansätze. Bielefeld: Bertelsmann.

Die Konfrontation mit statischen und essentialistisch geprägten, stereotypisch ausgerichteten Kulturverständnissen war und ist eine Konstante meiner beruflichen Praxis. Dass Kulturen sich ändern, dass das Leben und die Orientierungen von Migrantinnen und Migranten nicht eins zu eins aufgehen in ihrer sogenannten Herkunftskultur, dass sich, alias, auch die Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten kulturell und sozial verändern usw. usf., scheint ein sehr sperriges und schwer handhabbares Wissen zu sein im Vergleich zu der Sicherheit, die als konstant imaginierte kulturelle Welten bieten.

Um der beruflichen Praxis ethno- und kulturwissenschaftliche Expertise zugänglich zu machen, ist es in der Regel notwendig, den möglicherweise interessierten Institutionen zu vermitteln, welche Kompetenzen bei den Ethnowissenschaften abgerufen werden können. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die entsprechenden Berufsverbände keine Qualitätskriterien, ethischen Standards und Empfehlungen für die angewandte Forschung in verschiedenen Praxisfeldern bereithalten (wie z.B. Standards für interkulturelle Trainings oder qualitative und ethische Kriterien für die Erstellung von Monografien etwa über Einwanderergruppen).

Wünschenswert wäre auch – und das gehört meiner Erfahrung nach bislang nicht zu den ethnologischen Grundkenntnissen, die vorausgesetzt werden können – Kenntnisse über die Strukturen und Funktionsweisen der Institutionen, in deren Kontext Recherchen, Studien, Projekte durchgeführt werden, also Politik, Verwaltung etc. (z.B. im Sinne einer Anthropology of Policy), zu erwerben/vermitteln?.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten hat im Laufe seines mittlerweile zwanzigjährigen Bestehens eine Reihe von Projekten in Zusammenarbeit mit Ethnologen und Kulturwissenschaftlern durchgeführt und einige Publikationen erarbeitet.⁴ Es gab außerdem einige interessante Kooperationen z.B. bei der Entwicklung neuer Begegnungs- und Veranstaltungsformen, die auch das Entstehen neuer hybrider kultureller Konstellationen in Betracht zogen.⁵ Auf großes Interesse bei Kulturanthropologen und Ethnologen stößt auch

⁴ Ergebnisse dieser Kooperationen waren u.a. folgende Publikationen: 1993 mit Thomas Frey, Dieter Heller, Angelika Weber: Begegnen – Verstehen – Handeln. Handbuch für interkulturelles Kommunikationstraining; von 1993 mit Claudia Emmendorfer-Brößler: Interkultureller Kalender „Feste der Völker“ sowie zwei Handbücher zum Thema, 1999: „Feste der Völker – ein multikulturelles Lesebuch“ und 2000: „Feste der Völker – ein pädagogischer Leitfaden – Pädagogische Anregungen und Impulse für eine interkulturelle Arbeit in Kindertagesstätten und Schulen“; 1996 mit Jörn Rebholz und Stefan Rech und 2003 mit Stefan Rech und Abena Bernasko: „Religionen der Welt. Gemeinden und ihre Aktivitäten in der Stadt Frankfurt am Main“; 1996 mit Renate Holzapfel: „Ich bin halt ein Frankfurter Child'. Kanada-Auswanderer erzählen“; außerdem Evaluationen der AmkA-Projekte „Mama lernt deutsch“ und „mitSprache“ durch Tatjana Leichsering. 2009 schließlich erstellten Steven Vertovec, Regina Römhild et al. eine Expertise als Grundlage für ein Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzept: „Frankfurt vernetzt. Vernetzungs- und Vielfaltspolitik in Frankfurt am Main“.

⁵ Ein dokumentiertes Beispiel ist die Kooperation mit dem Museum der Weltkulturen in Frankfurt im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „Fremde, die Herausforderung des Anderen“

immer wieder das Projekt „Konflikt- und Nachbarschaftsvermittlung“ des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, die hier einige ihrer Schlüsselqualifikationen einbringen können: die Kompetenz zur Struktur- und Kontextanalyse und die Fähigkeit mit Menschen aus ihnen zunächst fremden sozialen und kulturellen Milieus in Kontakt und Beziehung zu treten. Relevant ist außerdem nicht nur die Fähigkeit, kulturell bedingtes Handeln zu erkennen, zu verstehen und zu vermitteln, sondern auch Behauptungsstrategien der Beteiligten zu erkennen, wenn z.B. mit ethnizierenden Fremd- oder Selbstzuschreibungen operiert wird.

Die methodischen Kompetenzen der Ethnologie sind neben dem spezifischen ethnologischen Fachwissen meines Erachtens von besonderem Interesse für die Entwicklung von Integrations- und Diversitätspolitik, weil es hier um kulturelle Gruppen geht, die sich in Prozessen von Migration, transnationalen Bewegungen und Beheimatungen neu konstituieren und formieren. Da es sich um laufende kulturelle und soziale Veränderung und um immer wieder neue kulturelle und soziale Formierungen handelt, gibt es dazu häufig noch keine gesicherten Wissensbestände, die Grundlage politischen und gesellschaftlichen Handelns sein könnten. Die Ethnologie verfügt aufgrund der methodischen Zugänge der Feldforschung über spezifische Kompetenzen der Generierung und Bearbeitung genau dieses Wissens. Diese Erkenntnis ist historisch nicht neu und neu ist auch nicht, dass dieser Tatbestand der Disziplin eine besondere Verantwortung auferlegt und die Definition ethischer Standards erfordert, um Missbräuche zu vermeiden, wenn diese Kompetenzen für politische und gesellschaftliche Interessen anwendbar gemacht werden sollen.

Andererseits bieten das ethnologische Fachwissen und die ethnomethodologische Annäherung an das Verstehen des jeweils Anderen privilegierte Zugänge zur Analyse der hochdiversen und heterogenen Gesellschaften, die sich infolge von Globalisierungs- und Migrationsprozessen entwickelt haben und entwickeln. Gerade eine kritische Anwendung dieser Kompetenzen auf die Analyse des politischen und gesellschaftlichen Handelns und der Praxisformen aller Involvierten kann ein wichtiger Beitrag der Ethnologie sein.

1995/1996. Siehe dazu: Eva Maria Blum und Mona Suhrbier (2004): Verschlungene Pfade - Kunst und Migration. In: Museum der Weltkulturen (Hg.): Ansichtssachen. Ein Lesebuch zu Museum und Ethnologie in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Societätsverlag, S. 347-352. Eine weitere Kooperation mit dem Museum ist seit 2004 die Entwicklung und Durchführung von interkulturellen Trainings im Rahmen der Lehrerausbildung.

Jochen Köhnke, Koordinierungsstelle für Migration und
interkulturelle Angelegenheiten/Münster

Gerne will ich Ihrem Wunsch nachkommen, einige Gedanken und Hinweise zu der Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen theoretischer und praktischer Ethnologie beizutragen. Gestatten Sie mir dies zunächst nicht nur aus dem Blickwinkel einer Verwaltung zu tun, sondern vielmehr aus dem Blickwinkel eines Dezernenten, der das Thema Gleichstellung nicht nur als eine soziale Aufgabe, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht. Aus diesem Grund halte ich auch die Erkenntnisse der Ethnologie nicht nur für die öffentliche Verwaltung für unverzichtbar, sondern insbesondere auch für die Bereiche, die schlechthin als Wirtschaftsbereiche bezeichnet werden. Die Erkenntnisse über die entsprechenden Diversitäten, die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft oder aber auch der Gesellschaft innerhalb des Bundeslandes oder des Bundes können durchaus dazu führen, dass Strategien und Entwicklungen der Wirtschaft insgesamt positiv beeinflusst werden. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass mit einem ethnologischen Erkenntnisgewinn auch ein finanzieller Gewinn verbunden werden kann. Größere international agierende Firmen leben mit dem Begriff „Diversity Management“ schon seit Jahrzehnten hervorragend und behaupten letztlich auch deswegen ihre Marktstellungen in der Welt. Gleiches gilt örtlich bezogen für den Mittelstand, der zunehmend auch durch die Weiterentwicklung der Technologien und der damit verbundenen zunehmenden internationalen Verflechtungen auf Erkenntnisse über andere Ethnien und die gelebten Kulturen angewiesen ist. Es geht also zu erheblichen Teilen nicht um die differenzierte Behandlung von sozialen Schieflagen, sondern vielmehr um eine Neuausrichtung der gesamten Gesellschaft letztlich zu deren Allgemeinwohl.

Für die Stadt Münster möchte ich aufbauend auf den überaus guten Kooperationssträngen zum Verein Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e.V. und vor dem Hintergrund eines bestehenden Migrationsleitbildes den gesamten Bereich der interkulturellen Öffnung und des interkulturellen Trainings als eine spezifische und andauernde Aufgabe formulieren. Hier geht es letztlich vom kompletten Überbau und der Konzeptionierung bishin zur Kursgestaltung. Diese Aufgaben sind über den gesamten Querschnitt der Verwaltung zu sehen. Im Rahmen des Migrationsleitbildes der Stadt Münster werden sämtliche Querschnittsgebiete der Verwaltungen abgebildet. Aufbauend auf dieser Abbildung wird und wurde für jedes Handlungsfeld definiert, was dort erzielt werden soll, gekoppelt mit im Regelfall einem Monitoringsystem, welches die Ergebnisse überprüft. In allen Feldern kann Ethnologie bei der praxisrelevanten Umsetzung der Konzepte Hilfestellung geben. Ergänzend hierzu fallen die kommunalen Entscheidungen in größeren Städten zunehmend auf der Basis kleinräumiger Betrachtungen und Datenerhebungen

kombiniert mit gemeinwesenorientierten politischen Betrachtungen. Genau bei diesen Erhebungen und Forschungen, aber auch bei den Beratungen kann meines Erachtens Ethnologie in hervorragender Weise, beispielhaft mit der Sozialgeografie, gute Dienste leisten.

Ebenfalls im Migrationsleitbild der Stadt Münster ist das Thema Partizipation und hier gesondert politische Partizipation ausgewiesen. Auch in diesem Feld könnten die ethnologischen Kernkompetenzen eine entsprechende Politikberatung, möglicherweise auch Politikkonfliktmanagement abdecken.

Abschließend zu diesen kurzen Erläuterungen vielleicht folgender Hinweis: Die eigentliche Dienstleistung, die Kommunen erwarten, ist bei der Aufgabenerledigung entsprechende Unterstützung zu erhalten, die entweder die sowieso entstehenden Produkte qualitativ anhebt oder aber bei gleicher Qualität schnellere oder preiswertere Ergebnisse produziert. Insofern verweise ich auf die lebhaftige Diskussion, ob und in welchem Maße Ethnologie einen unmittelbaren praktischen Nutzen haben muss oder vielmehr gegebenenfalls als gesellschaftlicher, kritischer Seismograf zu sehen ist. Ausschließlich aus der Sicht des Praktikers vor dem Hintergrund zu wissen, in welchem gesellschaftlichen und finanziellen Zwängen sich die Kommunen zurzeit schon bewegen und in der Zukunft verstärkt noch bewegen werden, sollte meines Erachtens der praktische Mehrwert deutlich formuliert werden.

Ethnologie und Integration – Sensibilisiert das Studium der Ethnologie für den interkulturellen Dialog?

Maraike Krull de Hawie, Büro des Integrationsbeauftragten des Landes
Nordrhein-Westfalen/Düsseldorf

Ethnologinnen und Ethnologen beobachten die gesamte Vielfalt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens verschiedener Völker. Das Studium sollte sie entsprechend sensibilisieren zwischen den Kulturen zu vermitteln. Drei Faktoren können – meiner Meinung nach – eine interkulturelle Kompetenz fördern oder behindern:

1. Studium

Das Studium der Ethnologie ist nach meiner Erfahrung an verschiedenen Universitäten sehr unterschiedlich strukturiert. Schon allein aus diesem Grund kann man die Frage, ob es jemanden dazu sensibilisiert zwischen den Kulturen zu vermitteln, nicht verallgemeinern.

Als Absolventin des Studiengangs der „Ethnologie unter der besonderen Berücksichtigung der Altamerikanistik“ an der Universität Bonn lag der Schwerpunkt vieler Vorlesungen und Seminare auf dem Gebiet präkolumbischer Kulturen. Eine Sensibilisierung für interkulturelle Kompetenz war mit diesen Kursen nicht erreichbar. Seminare, die sich mit rezenten Kulturen befassen, können allerdings eine sehr gute Möglichkeit für den Erwerb interkultureller Kompetenz bieten. Sie beschäftigen sich mit anderen Kulturen und sensibilisieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bezug auf kulturelle Besonderheiten.

Im Anschluss an das Studium habe ich einen Aufbaustudiengang zum Interkulturellen Trainer und Coach absolviert. Die Theorie, die dort behandelt wurde, fehlte zwar während des Studiums der Ethnologie, aber das Studium der Ethnologie konnte besser für andere Kulturen sensibilisieren.

2. Auslandserfahrungen/Feldforschung

Ein weiterer Faktor, der Ethnologinnen und Ethnologen dazu befähigt, zwischen Kulturen vermitteln zu können, sind Auslandserfahrungen oder direkte Kontakte. Leider ist es oft nicht verpflichtend, das Schwerpunkt-Land zu bereisen. Doch nur durch den direkten Kontakt und den Dialog, kann man wirkliche interkulturelle Kompetenz entwickeln und eine entsprechende Kultur kennen lernen. Bücher oder Seminare können die persönliche Erfahrung nicht ersetzen. Auch in Nordrhein-Westfalen sind wir uns sicher: Der Dialog ist notwendig für die Integration. Das gemeinsame Gespräch ist der erste Schritt zur erfolgreichen Integration.

Spätestens die Feldforschung ist für viele Studierende der Moment, in dem sie ihr Schwerpunkt-Land bereisen. Aber: Ein sensibler interkultureller Umgang ist dann nicht

immer garantiert. Oft ist man vor Ort zunächst überfordert und mit sich selbst beschäftigt. So wird vieles nicht aufgenommen oder gar falsch interpretiert. Ein einleitendes Seminar zur interkulturellen Kompetenz wäre für die Vorbereitung der Studierenden vor ihrer Feldforschung sicherlich sinnvoll.

3. Kulturrelativismus

Der kontrovers diskutierte Kulturrelativismus befähigt Ethnologinnen und Ethnologen zum einen offen zu sein und sich ohne Vorurteile mit einem Thema zu beschäftigen. Zum anderen darf er nicht dazu führen, dass alles vorbehaltlos akzeptiert wird.

Dies lässt sich gut am Beispiel der Aufgaben des nordrhein-westfälischen Integrationsbeauftragten darstellen: Seine Aufgabe ist die Beratung der Landesregierung bei der weiteren Konzipierung und Umsetzung der Integrationspolitik sowie die Pflege des Dialogs mit den gesellschaftlichen Gruppen und vor allem mit den Migrantenselbstorganisationen. Es ist zwar wichtig, für diesen Dialog offen zu sein, es ist dann jedoch z.B. zu entscheiden, welche kulturellen Praxen akzeptiert werden können. So setzt sich der Integrationsbeauftragte gegen Zwangsheirat und Mädchenbeschneidung ein. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt bedeutet nicht multikulturelle Beliebigkeit. Unter dem Kunstbegriff „Multikulti“ wurde jahrelang eine falsch verstandene Toleranz gelebt, und wenn es Konflikte gab, hat man weggeschaut. Dieses Wegschauen hat dazu geführt, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ihren eigenen ethnischen Kolonien lebt – teilweise ohne die deutsche Sprache zu gebrauchen. Aber ein bloßes Nebeneinander bringt uns nicht weiter. Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft keine Vielfalt. Das Fundament unserer Gesellschaft muss die Beherrschung der deutschen Sprache und eine gemeinsame Wertebasis auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein. Dies ist für alle verbindlich. Trotzdem: Nur wer sich offensiv und selbstbewusst zu seiner Kultur bekennt, wird in der Lage sein, selbstbewusst in einen Integrationsprozess zu gehen. Nur wer in seiner eigenen Kultur zu Hause ist, kann das Fremde als das Andere verstehen. Wer dagegen seine Kultur verleugnet, wird auch Menschen aus anderen Kulturen nicht verstehen können. Wenn wir unsere Traditionen, unsere Sitten, unsere Geschichte und unsere Sprache vergäßen, wären wir nicht offener für das Fremde. Wir wären gar nicht in der Lage, andere mit ihren eigenen Traditionen, mit ihren eigenen Sitten, mit ihrer eigenen Geschichte oder Sprache zu verstehen. Zusammengefasst: Ohne Herkunft gibt es keine Zukunft.

Abschließend ist zu sagen: Ob eine Ethnologin oder ein Ethnologe besonders gut zwischen den Kulturen vermitteln kann, hängt von ihrer bzw. seiner ganz eigenen Persönlichkeit ab. Denn interkulturelle Kompetenz ist in erster Linie ein Teil der sozialen Kompetenz. Es hängt

weiterhin davon ab, wie das Studium konzipiert war und ob man in dessen Rahmen interkulturelle Kompetenz erlangen konnte. Man kann dies nicht verallgemeinern.

Von Vorteil wäre sicherlich die Einführung von Seminaren zur „Interkulturellen Kompetenz“, nicht nur für die Vorbereitung einer Feldforschung. Auch ein Seminar, das mögliche Arbeitsgebiete vorstellt, wäre sicher im Interesse der Studierenden. Bietet man dieses zu Anfang des Studiums an, gibt dies den Studierenden zudem die Möglichkeit, die nötigen Fachbereiche früh genug zu vertiefen und vielleicht auch Antworten auf die Frage „Und was macht man damit?“, an die sich wohl jede Ethnologin und jeder Ethnologe noch erinnert, zu finden.

Staatliche Institutionen und Integration:

Ethnologische Perspektiven

Ute M. Metje, Evaluation und wissenschaftliche Beratung

Als Ethnologin und Kulturwissenschaftlerin, die in Wissenschaft und Praxis zuhause ist, sind gegenwärtig zwei Tendenzen erkennbar:

Einerseits erlebe ich eine starke Kulturalisierung von Konflikten, andererseits aber auch die gleichzeitige Negierung eben dieser Differenzen. Beide Wege führen jedoch in eine Sackgasse, in der Integration stecken bleibt und gegenseitige Vorurteile sich weiter verfestigen. Warum ist eine Verständigung so beschwerlich?

Meiner Erfahrung nach besteht dringender Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Forderung nach praxisnaher Ausbildung im Ethnologiestudium, methodisch und thematisch
- Aufzeigen konkreter Berufsfelder für Studierende und gleichzeitig PR-Arbeit für die Ethnologie (Angestellte in Arbeitsämtern und Berufsberatungen haben selten konkrete Vorstellungen darüber, womit die Ethnologie sich befasst.)
- Angebote im Rahmen des Studiums (integrativ oder in Kooperation mit anderen Studiengängen) an Methodenvermittlung wie etwa Moderation, Supervision oder Mediation sowie in Bereichen der Personal- und Organisationsentwicklung und des internationalen Managements

Die Ethnologie verfügt über ein fundiertes Potential an Wissen über andere Kulturen und an Techniken, sich mit dem und den Fremden konstruktiv auseinander zu setzen. Im Studium werden Grundlagen für den ethnologischen Blick geschaffen durch

- die ethnologische Forschungsmethode, die die emische Perspektive favorisiert und damit den Perspektivwechsel zur Selbstverständlichkeit werden lässt.
- das Sich-Einlassen auf das Andere und/oder die Fremde(n) und damit die Bereitschaft, sicheres Terrain zu verlassen und Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen.
- Hermeneutisches Verstehen und damit verbunden das Wissen über die Vielfalt kultureller Werte und Normen sowie
- die Notwendigkeit, den Kontext zu beachten und schließlich
- fundierte Grundlagen zu Kulturtheorien.

Diese durch das Studium erworbene innere Haltung bietet ideale Voraussetzungen für gegenwärtige Anforderungen unserer Gesellschaft. Als Beraterin und Trainerin für kulturelle Konflikte und interkulturelle Sensibilisierung begegnet mir das „Othering“ häufig. Eine meiner zentralen Aufgaben sehe ich darin, dieses „Othering“ zu reflektieren und zu hinterfragen. Folgende methodische Schritte aus der Ethnologie konnte ich bisher erfolgreich anwenden und in einen Beratungsprozess einbetten:

1. differenzierte Beschreibung eines Konfliktes durch alle Beteiligten
2. Übungen zum Perspektivwechsel: Sichtweisen des Gegenübers einnehmen lassen, dadurch werden zwei Dinge deutlich:
 - a) Wahrnehmung der „kulturellen Brille“ – d.h. die eigenen Werte und Vorstellungen werden sichtbar, z.B. fußen die Ziele der Pädagogik meist auf westlichen Lebensvorstellungen und werden unhinterfragt auf Migranten und Migrantinnen übertragen. Und
 - b) Kontextualisierung eines Konfliktes – d.h. die Rahmenbedingungen sowie z.B. die soziale Lage von Migranten und Migrantinnen, deren Zugang zu Bildung etc. werden erkennbar.

Dies sind erste zaghafte Schritte und Versuche, das ethnologische Know-how in der Praxis anzuwenden. Die besondere Herausforderung liegt darin, sich an den Rhythmus in der Praxis anzupassen, denn im Arbeitsalltag ist wenig Zeit für differenzierte Betrachtungen und Kontextualisierungen, die Pädagogen und Pädagoginnen müssen schnell reagieren und Arbeitsvermittler und -vermittlerinnen sind an Gesetzesvorlagen gebunden, ob sie diese befürworten oder nicht. Zudem werden immer noch zu wenige Gelder für Sensibilisierungstrainings bereitgestellt, sodass Trainings für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arbeitsagenturen und anderer staatlicher Institutionen in 3-stündigen Workshops abgehalten werden müssen.

Die Bereitstellung von Geldern für intensive Schulungen wäre ein nächster Schritt, der nun folgen müsste. Hier können Ethnologen und Ethnologinnen sich kompetent einmischen.

Statement zum Symposium „Staatliche Institutionen und Integration: Ethnologische Perspektiven“

Ingo Moldenhauer, Abteilung für Ausländerangelegenheiten/Dortmund

Mein Name ist Ingo Moldenhauer. Ich leite seit 1995 die Ausländerbehörde Dortmund, in der ich vorher viele Jahre als Sachbearbeiter tätig war.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen, wie Sie es von einer Ausländerbehörde erwarten dürfen, mit zwei ausländerrechtlichen Zitaten:

Zitat 1

„Der Aufenthalt im Bundesgebiet wird Ausländern erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts im Bundesgebiet die Gewähr dafür bieten, dass sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind.“

Zitat 2

„Eingliederungsbemühungen von Ausländern werden durch ein Grundangebot zur Integration (Integrationskurs) unterstützt.“

„ Der Integrationskurs soll durch weitere Integrationsangebote des Bundes und der Länder, insbesondere sozialpädagogische und migrationsspezifische Beratungsangebote, ergänzt werden.“

Zwischen diesen beiden Zitaten aus der bis 1965 gültigen Ausländerpolizeiverordnung und dem heute gültigen Aufenthaltsgesetz liegen über 40 Jahre. Anders ausgedrückt: Es hat über 40 Jahre gedauert, bis sich die Bundesrepublik auch offiziell zu ihrem Status als Einwanderungsland und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen bekannt hat. Dies ist gleichzeitig der Spannungsbogen, in dem sich ein Vertreter der Ausländerbehörde bewegt, zumindest wenn er ähnlich lange dabei ist wie ich.

Vor diesem Hintergrund haben mich die Veranstalter dieses Symposiums gebeten, auf drei Fragen näher einzugehen:

1. Gibt es Problemfelder beim Kontakt zwischen der öffentlichen Institution Ausländerbehörde und Menschen mit Migrationsgeschichte und welche sind dies gegebenenfalls?
2. Sind interkulturelle Kompetenzen gefragt und wenn ja: welche?
3. Lassen sich in institutionellen Kontexten Kommunikationsformen, Verwaltungsroutinen und Durchführungsbestimmungen finden, die kulturelle Spezifika besser berücksichtigen und so eine Integration fördern?

Zu 1.: *Gibt es Problemfelder beim Kontakt zwischen der öffentlichen Institution Ausländerbehörde und Menschen mit Migrationsgeschichte und welche sind dies gegebenenfalls?*

Die vom Obrigkeitsdenken geprägte Verwaltung gehört nach meiner Wahrnehmung in weiten Teilen der Vergangenheit an. Die meisten Verwaltungen verstehen sich heute, so hoffe ich zumindest, eher als menschenorientierte Dienstleister.

- Im ordnungsbehördlichen Bereich ist die Situation teilweise etwas anders. Da es sich in diesem Bereich sehr häufig um „Gefahrenabwehr“ handelt, tritt der Dienstleistungsgedanke hier naturgemäß eher in den Hintergrund.
- Hier ist nicht der Bürger, von dem die Gefahr ausgeht, der Kunde, sondern die Allgemeinheit, die vor dieser Gefahr geschützt werden muss.
- Ausländerrecht ist auch Ordnungsrecht.

Die Stadtverwaltung Dortmund, deren Bestandteil die Ausländerbehörde ist, verfährt seit Mitte der 90er Jahre nach dem Motto „Wir für Sie“ und sie fährt, wie ich ausdrücklich betonen möchte, gut damit. Gleichwohl tauchen natürlich immer wieder Probleme und Unzufriedenheiten auf. Es wäre jedoch nach meiner Erfahrung völlig falsch, wollte man davon ausgehen, dass die bei der Ausländerbehörde auftauchenden Probleme zu einem überwiegenden Teil dem Migrationshintergrund der Kunden oder der Unkenntnis über kulturelle Zusammenhänge bei den Mitarbeitern geschuldet ist. Meines Erachtens ist es vielmehr so, dass der überwiegende Teil der Probleme daraus resultiert, dass der zu uns kommende Mensch seine subjektiv berechtigten Ansprüche nicht oder nicht schnell genug durchsetzen kann. Auch kann ein geringes Bildungsniveau dazu führen, dass Menschen die komplexen Zusammenhänge im Ausländerrecht nicht oder nicht richtig verstehen und sich deshalb „falsch“ verhalten.

Bei solchen Ausgangslagen, da verrate ich Ihnen als Experten kein großes Geheimnis, spielt es in der Regel absolut keine Rolle, ob es sich bei dem Kunden um einen Menschen mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte handelt. Trotzdem sind auftauchende Problemlagen zu einem gewissen Teil natürlich auch auf interkulturelle Missverständnisse zurückzuführen.

Dazu zwei Beispiele:

- ❖ *Der brasilianische Staatsangehörige S. wird von der Behörde letztmalig aufgefordert seine Reisedokumente bis zum 30.06.09 vorzulegen. Sein Zeitverständnis ist durch den brasilianischen Kulturstandard geprägt. Dementsprechend fasst er den gesetzten Termin nicht als Deadline, sondern als Empfehlung auf und reagiert nicht so, wie die*

Behörde es von ihm möchte. Ergebnis: Die Behörde setzt Zwangsmittel ein und Herr S. ist überrascht oder verärgert über das harsche Vorgehen.

Ein zweites Beispiel:

- ❖ *Der türkische Staatsangehörige G. stammt aus Ostanatolien. Sein Kulturstandard ist ein eher archaisch geprägter. Die Sachbearbeiterin Müller erklärt ihm freundlich und ausführlich, welche Unterlagen er braucht, um einen Einbürgerungsantrag stellen zu können. G. ist mit den Auskünften und der Beratung nicht zufrieden. Er möchte den Chef sprechen. Der Sachgruppenleiter Maier erklärt G., dass die Auskünfte von Müller zutreffend sind und er ihm auch nichts Anderes sagen kann. G. bedankt sich und verlässt zufrieden Maiers Büro.*

Ich glaube, diese zwei kleinen Beispiele aus der täglichen Praxis sprechen für sich und beantworten gleichzeitig fast schon Teil 1 der zweiten von mir zu behandelnden Frage: *Sind interkulturelle Kompetenzen gefragt und wenn ja: welche?*

Ja, eine moderne Verwaltung braucht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit interkulturellen Kompetenzen und dies, wie ich ausdrücklich hervorheben möchte, nicht nur bei der Ausländerbehörde! Wie schon erwähnt, verstehen sich viele Verwaltungen mittlerweile als Dienstleister. Für Dienstleister ist es unabdingbar die Bedürfnisse der Kunden zu kennen, um bestmöglich auf diese eingehen zu können. Die Kundschaft einer Stadtverwaltung ist bunt, vielfach und, aufgrund des demografischen Wandels, zunehmend von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beeinflusst. Da viele Bedürfnisse sich aus der kulturellen Prägung eines Menschen ergeben, ist die Kenntnis dieser kulturellen Standards für eine moderne Verwaltung eigentlich unerlässlich. Soweit die hehre Theorie, der jeder Cheforganisator und jede Personalchefin sofort zustimmen würde.

Die praktische Umsetzung ist aber etwas ganz Anderes, was mich zu Teil 2 der Frage bringt: *Welche interkulturellen Kompetenzen brauchen wir?* In einer Großstadt wie Dortmund leben Menschen aus 173 verschiedenen Ländern. Sie kommen aus Armenien, den USA, aus Burkina Faso oder der Türkei. Egal woher sie auch immer kommen, sie haben Anspruch auf eine Verwaltung, die sich mit ihren Bedürfnissen auseinandersetzt. Dabei wäre es natürlich utopisch zu verlangen, dass ein einzelner Sachbearbeiter oder auch die Stadtverwaltung als Ganzes sich mit sämtlichen Kulturstandards auskennt. Möglich und aus meiner Sicht auch nötig sind aber:

- ❖ Angemessene Räumlichkeiten (der räumliche Standard in der Ausländerbehörde darf nicht anders sein als in anderen Teilen der Verwaltung);
- ❖ Freundliche, kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kommunikativ geschult sind;

- ❖ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte auf allen Hierarchieebenen;
- ❖ Gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden;
- ❖ Mehrsprachige Serviceangebote und
- ❖ Transparente, ermessensfehlerfreie Rechtsanwendung, die sich an europäischen Standards orientiert.

Die genannten Beispiele sind eng mit der dritten Frage verknüpft, denn ihre Beantwortung setzt in der Regel politische Beschlüsse oder normative Regelungen voraus.

Lassen sich in institutionellen Kontexten Kommunikationsformen, Verwaltungsroutinen und Durchführungsbestimmungen finden, die kulturelle Spezifika besser berücksichtigen und so eine Integration fördern?

Interkulturelle Kompetenz als Teilbereich von Interkultureller Öffnung gehört in vielen Verwaltungen zu den Top-Themen, da sie als „weicher“ Standortfaktor im Zeitalter der Globalisierung von nicht unerheblicher Bedeutung für die Positionierung von Bund, Ländern und Gemeinden ist. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass es von den verschiedensten Institutionen Strategiepapiere und Handbücher zu diesem Thema gibt. Ob und inwieweit diese Papiere integrationsfördernd wirken, zeigt sich vielfach erst bei ihrer Umsetzung in die Praxis. Was aus meiner Erfahrung hier unerlässlich ist, um positive Effekte zu erzielen, möchte ich nachfolgend beispielhaft kurz erläutern:

- ❖ Ein Grundsatzbeschluss des politischen Souveräns bzw. der Verwaltungsspitze – in Dortmund ist dies der Aufstellungsbeschluss zum Masterplan „Integration“;
- ❖ Die Ausarbeitung des Strategiepapiers muss unter Einbeziehung von „Praktikern“, Wissenschaftlern und Vertretern von z.B. Migrantenselbstorganisationen erfolgen – in Dortmund wurden im Rahmen des Masterplanprozesses zu verschiedenen Themenfeldern Arbeitsgruppen eingesetzt;
- ❖ Das Strategiepapier muss verdeutlichen, dass es sich um einen nachhaltigen und kontinuierlich fortlaufenden Prozess handelt, dessen Erfolge sich häufig erst langfristig zeigen;
- ❖ Begriffe wie interkulturelle Kompetenz müssen nachprüfbar und klar definiert werden; dabei muss von den handelnden Personen auch akzeptiert werden, dass wir ganz einfach zu wenig über Regeln, Systeme, Traditionen und Pläne z.B. unserer europäischen Nachbarn wissen!
- ❖ Es muss ein Monitoringsystem mit validen Evaluationskriterien erstellt werden;
- ❖ Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen entwickelt werden.

Das alles ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es kostet Geld und Geld muss für diese Zwecke in die öffentlichen Haushalte eingestellt und verausgabt werden. Lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch auf einen nicht unwesentlichen Aspekt hinweisen: Interkulturelle Kompetenz lebt, wie viele Dinge, von den – ich sagte es schon – handelnden Personen. Sie braucht, um ein Erfolgsmodell zu werden, engagierte Menschen aus Wissenschaft und Praxis.